

Der Minister des Innern Hr. Köhlwetter hat durch eine Circularverfügung die Regierungs-Präsidenten aufgefordert, ihre Unterbeamten anzuweisen, sich fernerhin nicht bei reaktionären Bestrebungen in ihrem amtlichen Wirkungskreise zu betheiligen. Jeder Ehrenmann, sagt Hr. K. in dieser Verfügung, würde es vorziehen, unter einem ihm zu freisinnigen Regierungs-Systeme seinen Abschied zu nehmen. — Es dürften in Folge dieses Erlasses vielleicht bedeutende Vacanzen zu erwarten sein. —

Aus der Geschäfts-Uebersicht der Stadt-Versammlung pro 1847-48 entnehmen wir Folgendes. Am Schlusse des vorigen Jahres hatte die Stadt 403686 Einwohner (eogl. Militair) und 8629 Grundstücke. Die ältere Obligationsschuld aus der Kriegszeit belief sich auf 2,419230 Rthl. Zur Errichtung der Gasanstalt ist im Ganzen ein Darlehen von  $1\frac{1}{2}$  Million Thaler genehmigt worden. Der Brutto-Ertrag der Haus- und Miethsteuer betrug 651604 Rthlr. An Servis wurde für das Militair 131416 Rthlr., zur Unterhaltung der Gensdarmen 8110 Thaler gezahlt. Das ges. Schulwesen erforderte im vorigen Jahre Seitens der Kommune einen Aufwand von 114454 Rthlr., worunter 88300 Rthlr. für das Armenschulwesen. —

Nach dem Vorgange der Katholiken am Rhein und in Westphalen hat sich auch hier aus Mitgliedern der St. Hedwigs-Gemeinde ein „Piusverein für religiöse Freiheit“ gebildet. Die Statuten bestimmen als den Zweck des Vereins: „Die katholischen Interessen nach den Grundsätzen der jetzt allgemein und für alle Bekenntnisse geltenden Glaubensfreiheit und des hieraus hervorgehenden Rechts zu wahren und zu fördern.“ Das Statut erklärt daneben ausdrücklich, daß es auch die praktische Geltung und das rechtliche Bestehen aller übrigen im Staate aufgenommenen Confectionen anerkenne und sich ihnen gegenüber nie angriffs, — sondern stets nur vertheidigungsweise verhalten wolle. —

Zur bevorstehenden Ziehung 98. Klassen-Lotterie sind eine Menge Loose übrig geblieben, deren Zahl sich auf 12000 belaufen könnte, wodurch der Staatskasse möglicherweise ein Ausfall von  $\frac{1}{4}$  Million Thaler erwachsen dürfte. Seit 1830 ist dies das erste Mal, daß eine so große Anzahl Loose übrig geblieben. —

In diesen Tagen wurde ein riesengroßes Placat „offene Antwort der Provinzen an die Berliner“ verbreitet. In derselben wird sehr entschieden über die Revolution abgeurteilt und dem

Ausschuß zur Verständigung Berlins mit den Provinzen gerathen, noch einige Zeit zusammen zu bleiben, „denn ehe nicht die folgenden Bedingungen Seitens der Hauptstadt erfüllt sind, möchte es mit dem „Hand in Hand gehen, weil Einer des andern bedarf,“ noch eine gute Weile haben: 1) muß Berlin aus seinen Mitteln die Artillerie-Vorrathsschuppen und die Eisengießerei wieder aufbauen; 2) muß Berlin die Todtentafel seiner Märtyrern mit einer artenmäßigen Biographie jedes Einzelnen verherrlicht neu auslegen; 3) muß die Bürgerwehr anerkennen, daß die Preussischen Garden und die Linien-Regimenter, welche am 18. und 19. in Berlin gekochten, ihre Pflicht gethan und sich wie ehrenhafte Soldaten benommen haben; 4) müssen die Berliner nicht mehr so viel mit Schießgewehren spielen, weil sonst leicht Schaden geschieht — wie Figuræ gezeigt haben; 5) müssen die Berliner den Ausschuß zur Verständigung mit der Provinz sobald als möglich absetzen, denn er ist unnütz.“ — Das Placat trägt die Unterschrift „die Provinzen“ und soll den Dr. Preiß hier zum Verfasser haben. Es fehlt übrigens die Angabe, welche Provinzen den Inhalt dieser „Antwort etc.“ vertreten, und wer die Vertreter derselben in diesem Falle sind. —

Dem Präsidenten des demokratischen Clubs, Assessor Schramm sind 4 Anklagen wegen verschiedener vom Club erlassener Veröffentlichungen auf einmal eingehändigt worden. Hr. S. wird sich auf diese Anklagen für seine Person nicht einlassen, die Vertretung derselben vielmehr dem ganzen Club überlassen, der an der Abfassung Theil genommen und jedenfalls den Wortlaut genehmigt hat. Die Anklagen würden sonach auf sämtliche Mitglieder (etwa 1500) des Clubs ausgedehnt werden müssen. —

Der Finanz-Minister verspricht sich von der Grundsteuer-Erhöhung für Rittergüter eine beträchtliche Mehr-Einnahme. Er soll geäußert haben, daß ihm persönlich diese Besteuerung der Rittergüter leid thue, daß dieselbe aber nothwendig und nicht zu umgehen sei. —

Der Professor Rosenkranz aus Königsberg wird das Unterrichts-Ministerium, das von dem des Cultus getrennt wird, übernehmen. Das letztere soll eine ganz andere Organisation erhalten.

Das Ministerium des Ackerbaues beabsichtigt, über die Aufhebung der Jagd und andere Dominalrechte der Kammer ein